

Sehr geehrter Bürgermeister Dieder,  
Sehr geehrte Herren der Verwaltung,  
Sehr geehrte Ratskolleginnen und Kollegen,  
Sehr verehrte Zuhörerinnen und Hörer im Saal,  
Sehr geehrter Vertreter der Presse,

zum ersten Mal stehe ich hier vor Ihnen als Fraktionsvorsitzender der SPD im Rat der Stadt Heinsberg um die Haushaltsrede zu halten.

Zu-gleich ist es die letzte Haushaltsberatung der jetzigen Wahlperiode.

Während der gesamten letzten Wahlperiode gab es nicht einmal einen im Plan ausgeglichenen Haushalt. Denn wie uns allen seit der Ratssitzung vom 18.12.2019 bekannt ist, hätte der Haushalt 2019 planerisch eigentlich auch ein Defizit ausweisen müssen. Das Loblied der CDU auf den positiven Haushaltsplan 2019 ist geplatzt wie ein Ballon. Und oh Schreck der nächste Ballon platzt sofort mit, denn war in der mittelfristigen Finanzplanung noch von 2,5 Millionen € Überschuss für das Jahr 2020 die Rede sind wir jetzt im Plan bei einem Minus von 4.297.630 Millionen Euro. Das ist eine Ergebnisverschlechterung von mehr als 6,7 Millionen €.

Bevor ich mit dem Haushalt weiter mache, gestatten Sie mir einen kurzen Rückblick.

Die Kommunen, das ist der Oberbegriff für unsere Städte und Gemeinden, werden oft als Keimzelle der Demokratie bezeichnet. Hierzu erhielt die von Schwarz / Gelb geführte Landesregierung in NRW eine schallende Ohrfeige zum Thema Stichwahlen. Zu diesem Thema gab es bereits in der Ratssitzung vom 15.05.2019 einen gemeinsamen Antrag der Freien Wähler, der Grünen und der SPD. Das Ergebnis sollte Ihnen mittlerweile alle bekannt sein. Da hatten wir 3 Parteien wohl doch am Ende Recht!

Leider wurde auch die Resolution zur Aussetzung des Vollzuges der Satzung für Straßenausbaubeiträge von der CDU Mehrheit hier abgelehnt und daher nicht unterzeichnet. Man verwies auf eine ausstehende Gesetzesvorgabe seitens der Landesregierung. Auch hier ist das Ergebnis seit Dezember bekannt.

Dies als großen Wurf zur Entlastung der Anlieger verkaufen zu wollen werden selbst Sie die, Kolleginnen und Kollegen der Heinsberger CDU nicht hinbekommen.

Mit den Stimmen der SPD Fraktion wurde einstimmig in der Ratssitzung vom 03.07.2019 der Medienentwicklungsplan für den Zeitraum 2019 bis 2022 verabschiedet. Dies ist die logische Fortführung aus dem Leitbild Schulen.

Leider wird hier aber nur der Blick auf die Schulen gerichtet. Das Budget im Leistungsbereich „Technikunterstützende Informationsverarbeitung“ wird im Haushaltsplan 2020 für Sach- und Dienstleistungen mit „nur“ 25.000€ beziffert das sind knapp 15.000€ weniger als im Jahresabschluss 2018 und das bei erhöhten Hard- und Software- Anforderungen. Wie hier die vor uns liegenden Aufgaben z.B Einführung der E-Akte bis zum 01.01.2021 erledigt werden sollen ist uns als SPD Fraktion ein Rätsel. Zusätzlich gibt es ja seitens des Kreises den Ansatz, dass Kreis und kreisangehörige Kommunen digital enger zusammen rücken sollen. Aus Sicht der SPD Fraktion werden mit Blick auf die IT die nötigen Herausforderungen und Gesetzesvorgaben budgettechnisch im vorliegenden Haushalt in keinsten Weise ausreichend berücksichtigt.

Ebenfalls in der Sitzung vom 03.07.2019 wurde die Breitbandversorgung in Kooperation mit dem Kreis Heinsberg einstimmig beschlossen, hier sind über alle Fraktionen hinweg die richtigen Weichen gestellt worden.

Das gleiche gilt für den Antrag der Grünen in der Ratssitzung vom 03.07.2019 zur Einrichtung und Gründung eines Jugendbeirats dem alle Parteien folgten. Der hierzu eingerichtete Arbeitskreis wird im Laufe dieses Jahres die Ergebnisse vorstellen. Man darf hoffen und wünschen, dass die Jugendlichen dieses Werkzeug der Demokratie auch für sich nutzen. Bis dato kann ich nur allen Beteiligten für die bisher geleistete Arbeit im Arbeitskreis danken.

Auch der Weg zur Neugestaltung des ehemaligen Freibadgeländes Oberbruch durch Bürgerbeteiligung in Form von Workshops muss lobenswert erwähnt werden. Diese Form zur Entscheidungsfindung stärkt die Demokratie und ist ein aktives Mittel gegen Politikverdrossenheit. Solchen Formen der Entscheidungsfindung stehen wir als SPD Fraktion mehr als positiv gegenüber. Als erste Maßnahme hierzu wurde in der letzten Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses die Vergabe der Freiraumplanung beschlossen.

Völlig überrascht wurde die SPD Fraktion bezüglich unseres Antrages ein Gutachten zur Belastbarkeit der Außenwände an der Grundschule Grebber in Auftrag zu geben. Hier war unser Antrag der CDU nicht weitreichend genug. Der Antrag wurde erweitert, so dass nun ein noch umfassenderes Gutachten einstimmig beschlossen wurde. Schön, dass die CDU Fraktion auch hier die Zeichen der Zeit endlich erkannt haben.

Dass das Grundwasser nicht nur ein Problem für die Grebberer Grundschule ist, wurde seitens des beauftragten Erftverbandes im Abschlussbericht zum Heinsberger Grundwassermodell erörtert. In-wie-fern hier Rat und Verwaltung Maßnahmen ergreifen können und werden bleibt abzuwarten.

Das Thema Klimaschutz wird sicherlich die nächsten Jahre ein fortlaufendes Thema der zukünftigen Ratsarbeit sein. Hierzu wurde ein Arbeitskreis „Klimaschutz und Nachhaltigkeit“ mit den Stimmen der SPD Fraktion einstimmig beschlossen.

Ein weiterer richtiger Schritt hierzu war auch der gemeinsame Antrag der Grünen-Fraktion und der SPD-Fraktion für die kommenden Jahre ein zusätzliches Budget zur Anpflanzung von Bäumen auf städtischem Gebiet bereitzustellen. Dieser Antrag wurde ebenfalls einstimmig beschlossen.

Mit diesem im Haushalt berücksichtigten Budget komme ich nun wieder zur Haushaltsplanung 2020.

Wie bereits vorhin genannt weist der Haushalt ein Defizit von über 4 Millionen Euro aus.

Dem Gesamtertrag von fast 110 Millionen € stehen Aufwendungen von knapp über 114 Millionen € gegenüber.

Dies stellt ein krasses Missverhältnis zwischen Aufwendungen und Erträgen dar. Die Tilgung von Krediten ist mit 1.537.000 € angesetzt und damit 60.822 € unter der Kredit Neuaufnahme von geplanten 1.476.178 €, dennoch muss man sehen das sich die liquiden Mittel der Stadt Heinsberg innerhalb von zwei Jahren um 15 Millionen Euro verringert haben.

In der Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen sind mit mehr als 16,5 Millionen über 11 Millionen mehr im Vergleich zum Abschluss 2018 eingeplant. Bei der Unterhaltung der städtischen Straßen, Wege etc, sind es knapp 2 Millionen mehr als zum Abschluss 2018. Sind wir überhaupt in der Lage das Geld in diesem Maße 2020 auszugeben?

Beliefen sich die Personalkosten im Plan 2019 noch auf 21.682.200 € so steigern Sie sich im Plan 2020 um fast 2 Millionen € auf 23.644.300 €.

Bei den geplanten Investitionsausgaben stechen sicherlich als Einzelposten die weiteren Bauabschnitte zur Sanierung der Festhalle Oberbruch mit 1.740.000€ heraus.

Um bei der Festhalle Oberbruch zu bleiben. Man kann der IG 2020 nur vollumfänglich Danken, dass Sie diese Halle wieder zu altem Glanz geführt hat. Die Sanierung dieses Kulturgutes unserer Heimat war und ist vollkommen richtig.

Die IG 2020 steht hier für bürgerliches Engagement par excellence und man kann diesem Verein nicht genug Wertschätzung zu kommen lassen. Bei den Herausforderungen der Sanierung und der weiteren daraus resultierenden Maßnahmen wie Hallenwart und Veranstaltungstechniker muss die IG 2020 auch von Seiten des Rates unterstützt werden. Die SPD Fraktion ist sich dieser Verantwortung bewusst und wird dies auch tun.

Auch die dringend benötigten Sanierungen der städtischen Grundschulen sind mit 1.950.000 € berücksichtigt.

Die Kreisumlage mit 22.670.000 € stellt den größten Einzelposten im gesamten Haushalt da. Hier bleibt weiterhin die Frage warum sich der Kreis eine Rücklage in dieser Höhe zu Lasten der angehörigen Kommunen gönnt. Auf diese Schieflage aus unserer Sicht weist die SPD Fraktion Jahr für Jahr hin. Vielleicht hat ein neuer Bürgermeister nach der anstehenden Kommunalwahl mehr Erfolg. Die Hoffnung stirbt hier zuletzt.

Im Frühjahr 2019 wurde auf Kreisebene die Wohnungsmarkstudie vorgestellt. Es fehlen kreisweit ca. 11.000 Wohnungen, auch im Stadtgebiet Heinsberg sind Wohnungen gerade für kleinere Einkommen kaum bis gar nicht vorhanden.

Bereits im letzten Jahr hat die SPD Fraktion auf diesen Mangel hingewiesen und die Gründung einer städtischen Wohnungsbaugesellschaft massiv gefordert. Leider treffen wir hier auf taube Ohren seitens der CDU Mehrheit, wie hier eben zum wiederholten Male bewiesen wurde.

Neubaugelände mit städtischen Grundstücken wären jedenfalls genug da. Die Forderung nach einer städtischen Wohnungsbaugesellschaft wird jedenfalls von uns weiterhin massiv erklingen. Der soziale Wohnungsbau steht für private Investoren nicht im Einklang zwischen Aufwand und Ertrag. Hier muss die öffentliche Hand, sprich die Kommunen handeln. Zusätzlich ist dies ein gutes

Instrument zur Einbindung sozial schwächerer in ein ausgewogenes Sozialumfeld und trägt damit zur Integration in die Gesellschaft bei.

Neben Wohnungsbau ist dringender Bedarf an Gewerbeflächen. Bei diesem Thema ist es aus strategischer Sicht dringend notwendig genügend städtische Flächen für eventuelle Tauschgeschäfte zu besitzen.

Beim Thema Gewerbegebiet wurde seitens der CDU in der Planung-, Umwelt- und Verkehrsausschusssitzung am 07.10.2019 ein Beschluss mit Signalwirkung getätigt. Ein wie wir finden falsches Signal.

Wie bereits in der Ratssitzung vom 09.10.2019 erwähnt, können wir die Ängste und Nöte der Anwohner von Kirchhoven verstehen. Dennoch muss man sich immer noch fragen was auf einmal der Beweggrund der CDU Fraktion war, waren es wirklich die Themen Wasser, Lärm und Verkehr?? Oder war es vielmehr die Angst vor der Kommunalwahl in diesem Jahr. Egal wie rum wir es drehen mit dieser Entscheidung hat die CDU Mehrheit einen Präzedenzfall geschaffen. Jedes zukünftige Gewerbegebiet droht zu scheitern, denn fast überall wird es Anwohner geben die Themen wie Lärm, Umwelt und Verkehr anbringen werden.

Beim Neubau der Firma Trotec im Bereich der Industrieparkstrasse muss man jedenfalls schon jetzt die Befürchtung haben, dass in den weiteren Beschlüssen die CDU Mehrheit das Vorhaben kippt. Denn gerade hier spielt ja Verkehr und Wasser eine erhebliche Rolle.

Dass die Politik scheinbar nur im CDU Fraktionsvorstand gemacht wird sieht man am Beispiel Bürgerhaus Aphoven hier soll ein Bürgerhaus, dass in der mittelfristigen Finanzplanung 2021 und 2022 auf der Investitionsseite in Summe mit 400.000€ beziffert wird entstehen, aber laut Aussagen der Verwaltung schon jetzt wohl eher 1 Million € kosten wird. Wenn dann im konsumtiven Bereich in der mittelfristigen Planung nochmal 220.000€ ebenfalls jeweils für die Jahre 2021 und 2022 wie hier im vorliegenden Haushalt angesetzt sind, dann weiß man wie man hier auf fast 1 Millionen € kommt. Das nennt man Transparenz?? Wohl eher nicht!!

Dass diese CDU Politik selbst zum Teil den eigenen CDU Ratsvertretern peinlich ist konnte man im vergangenen Jahr nun wahrlich eindrucksvoll erkennen. Neben dem Rücktritt von Michael Dörstelmann war vor allem die Brandrede von Manfred Fell im Planungs-, Umwelt- und Verkehrsausschuss als Begründung seines Rücktrittes als Ausschussvorsitzender aussagekräftig genug.

Seit dem 01.05.2019 hat die Stadt Heinsberg wieder einen technischen Beigeordneten. Einer der Hauptbegründungen seitens der CDU Mehrheitsfraktion für den Bedarf eines technischen Beigeordneten waren der Regiebetrieb und vor allem die Hoffnung beim Thema Stadtentwicklung neue Impulse zu bekommen. Von dem vor Jahren auf den Weg gebrachten Workflow bezüglich des Regiebetriebs war im Jahr 2019 noch nicht viel zu sehen.

Wir als SPD Fraktion gehen davon aus, dass sich bezüglich des Regiebetriebs nun endlich umfänglich etwas tut. So-genannte Altmaßnahmen dürfte es ja keine mehr geben.

Beim Thema Stadtentwicklung liegt nun ein Antrag seitens der CDU vor ein Gutachten mit dem Thema „-innerstädtisches Gesamtkonzept“ zu beauftragen.

Sehr geehrte Damen und Herren der CDU, haben Sie vor den technischen Beigeordneten wieder abzuschaffen? Genau dies war doch der Grund für die Einrichtung dieser Stelle. Ich zitiere aus der damaligen Stellenausschreibung unter Kernaufgaben „ Konzeption und Gestaltung zukunftsfähiger Stadtentwicklungsmaßnahmen unter Berücksichtigung regionalplanerischer Aspekte und des demografischen Wandels.“ Zitatende.

Weiterer Punkt der Kernaufgaben „ Umsichtige Weiterentwicklung der Stadt als attraktiver, innovativer und nachhaltiger Wohn- und Wirtschaftsstandort“ Zitatende.

An die Adresse der CDU kann ich nur sagen: wir brauchen dieses Gutachten nicht, wir haben mehrheitlich den Gutachter bereits eingestellt.

Aber dieser Schlingerkurs ist ja ein typisches Heinsberger CDU Verhalten.

So einen Antrag von einer anderen Partei würden Sie uns allen um die Ohren hauen. Das Geld für ein Gutachten können und müssen wir uns sparen, haben Sie doch lieber mal Vertrauen in die Fähigkeiten des neuen Technischen Beigeordneten und wenn dies nicht der Fall sein sollte, dann muss man sich fragen warum wir ihn eingestellt haben.

Sehr geehrter Herr Sangermann, ich spreche Sie hiermit persönlich an “Lassen Sie sich hier nicht die Butter vom Brot nehmen und zeigen Sie der CDU was Sie und ihr Bereich zu Leisten im Stande sind“

Den willkürlichen Umgang der CDU Mehrheitsfraktion mit Gutachten sind eh ein Fall für sich, beim Thema Gewerbepark Kirchhoven werden die Gutachten missachtet, beim Nahversorgungszentrum Oberbruch schenkt man den Gutachten volles Vertrauen. Heute so und morgen so und jetzt noch ein Gutachten obwohl der Gutachter bereits bei der Stadt arbeitet. Ist dies nicht der Schlingerkurs den Sie Herr Krichel der SPD in ihrer Haushaltsrede vom letzten Jahr vorgeworfen haben??

Ein mittlerweile altes Thema ist auch der Feuerwehrbedarfsplan der uns immer und immer wieder angekündigt wurde. Hier muss man sicherlich äußerst positiv erwähnen, dass die Stadt Heinsberg mit der Erstellung des Feuerwehrbedarfsplans weitreichende Pilotfunktion für andere Kommunen hat. Dennoch bleibt zu hoffen, dass im Jahr 2020 der neue Plan nun endlich vorgestellt wird, denn dies wird sicherlich auch immense Auswirkungen auf die zukünftigen Haushalte haben. Dies setzt natürlich voraus, dass man die Problematik, die für den Bereich Porselen/Horst und Randerath besteht, endlich zu zielorientierten Lösungen führt.

Wie bereits in unseren Anträgen aus dem letzten Haupt- und Finanzausschuss ersichtlich sehen wir unter anderem die Maßnahme Drömmers Jätzges zum jetzigen Zeitpunkt kritisch. Der Förderantrag ist nicht einmal gestellt und daher ist nicht absehbar, ob, wie und wann die Maßnahme gefördert wird. Ohne Förderzusage darf vorab nicht begonnen werden da dies ansonsten förderschädigend ist. Aus diesem Grund und unter Berücksichtigung der diesjährigen Haushaltslage muss aus Sicht der SPD dieses Vorhaben erstmal auf Eis gelegt werden und aus der diesjährigen Investitionsplanung gestrichen werden. Hier bedeutet aufgehoben nur aufgeschoben.

In der Haushaltsplanung sind, wie bereits im Vorjahr, 700.000€ für den Bau eines Kunstrasenplatzes geblockt. Und das obwohl weiterhin kein Vorschlag für ein geeignetes Grundstück zur Errichtung eines solchen Platzes seitens der Verwaltung vorliegt. Unser Antrag diesen Haushaltsposten zu streichen wurde ja soeben abgelehnt. Dennoch stellt sich weiterhin die Frage ist es richtig, dass wir es uns leisten 700.000€ investiv zu blockieren. Man darf ja nicht vergessen das die 700.000€, die bereits im Vorjahreshaushalt eingeplant waren, der flexiblen Haushaltsführung zum Opfer gefallen und anderweitig ausgegeben worden sind. Dieser Vorgang war aus Sicht der SPD Fraktion nicht im Einklang mit dem Grundsatz der sachlichen Bindung.

Bei diesen beiden Punkten, und hier kann man auch das Bürgerhaus Aphoven noch zusätzlich erwähnen, liegen klare Verstöße gegen § 13 der kommunalen

Haushaltsverordnung Investitionen vor. Ich zitiere aus dem § 13 KomHVO Absatz 2.

„ Ermächtigungen für Baumaßnahmen dürfen im Finanzplan erst veranschlagt werden, wenn Baupläne, Kostenberechnungen und Erläuterungen vorliegen, aus denen die Art der Ausführung, die Gesamtkosten der Maßnahme, getrennt nach Grunderwerb und Herstellungskosten, einschließlich der Einrichtungskosten sowie der Folgekosten ersichtlich sind und denen ein Bauzeitenplan beigefügt ist. Die Unterlagen müssen auch die voraussichtlichen Jahresauszahlungen unter der Angabe der Kostenbeteiligung Dritter, und die für die Dauer der Nutzung entstehenden jährlichen Haushaltsbelastungen ausweisen.“ Zitat Ende.

All das ist hier nicht der Fall!!, daher muss aus Sicht der SPD Fraktion dieses „-Spielgeld“ aus dem Haushalt gestrichen werden.

Wenn irgendwann ein geeignetes Grundstück für den Kunstrasenplatz, eine verlässliche Machbarkeitsstudie und Kostenplanung vorliegen kann man sich ggf. wieder mit dem Thema Kunstrasenplatz beschäftigen. Dies wird sicherlich nicht in diesem Jahr der Fall sein.

Sehr geehrter Bürgermeister Dieder und die Damen und Herren der CDU, wir die SPD Fraktion erwarten, dass zukünftig bei Investitionen der § 13 der KomHVO auch eingehalten wird. Ein weiter so mit der permanenten Missachtung der Kommunalen Haushaltsverordnung des Landes NRW wird es mit uns jedenfalls nicht mehr geben.

Ich zitiere da gerne meinen Kollegen Herrn Herberg aus der letzten Haupt- und Finanzausschusssitzung:

„Wir, die SPD-Fraktion, brauchen im Haushalt der Stadt Heinsberg keine Platzhalter für Haushaltsmittel, die später im Wege der flexiblen Haushaltsführung zweckentfremdet und damit der Kontrolle des Stadtrats entzogen werden.“



Die SPD Fraktion hat sich ausgiebig mit dem Haushaltsplan 2020 beschäftigt und darüber beraten. Die aus unserer Sicht zwingend und dringend notwendigen Punkte wurden von Ihnen meine Damen und Herren der CDU-Fraktion mal wieder abgelehnt. Die SPD Fraktion im Rat der Stadt Heinsberg wird den hier im Entwurf vorliegenden Haushalt ablehnen.

Unsere Ablehnung des Haushaltes basiert auf rein inhaltlichen Gründen, der Haushalt ist weder generationengerecht noch ausreichend transparent. An dieser Stelle möchte ich der Fairness halber auf etwas formelles Hinweisen, die Erstellung des Haushaltes obliegt dem Kämmerer einer Kommune, daher sollte die Unterschrift des Entwurfes auf Seite 6 den Zusatz Kämmerer zum Ersten Beigeordneten haben. Ansonsten ist der Haushaltsentwurf formal nicht korrekt aufgestellt.

Im Namen der SPD-Fraktion bedanken wir uns bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadtverwaltung.

Ein besonderer Dank gilt Ihnen, sehr geehrter Herr Gerards, sowie den zahlreichen Helfern für die Darstellung des Haushaltsentwurfs 2020 und ihre erläuternden Vorbemerkungen und die ergänzenden Ausführungen auf Fragen aus meiner Fraktion.

Wir bitten Sie, den Dank der SPD-Fraktion an Ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern weiterzugeben.

Zum Schluss gestatten Sie mir noch eine persönliche Anmerkung. Mit großer Betroffenheit habe nicht nur ich sondern mit Sicherheit wir alle hier zur Kenntnis genommen, dass die Kreisgeschäftsstelle der Grünen mehrmals Opfer von Vandalismus wurde. Wir alle sind Hobbypolitiker und merken, dass der Wind rauer wird, daher können wir alle uns nur wünschen und hoffen das bei der kommenden Kommunalwahl keine rechtsausgerichtete Partei den Weg in den Heinsberger Rat findet. Ich unterstelle allen von uns, dass wir aus unserer jeweiligen Sicht nur das Beste für unsere Heimat im Sinn haben. Dies darf und muss kontrovers diskutiert werden, aber bei Gewalt gegen Personen oder Einrichtungen hört der Spaß auf. Dies ist ein Punkt an dem wir wohl alle hier einer Meinung sind!!!

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

Jochen Lintzen  
Fraktionsvorsitzender

Heinsberg, 29.Januar. 2020